Nordrhein-Westfalen

Co-Working in der Landesverwaltung

[27.05.2025] Die Landesverwaltung NRW baut ihr Angebot an flexibel nutzbaren Co-Working-Spaces aus: Neue Standorte in Duisburg, Münster und Bielefeld wurden eröffnet. Auch der Kreis möglicher Nutzer wurde erweitert. Die Verwaltung erhofft sich zahlreiche Vorteile.

Das Pilotprojekt des Landes Nordrhein-Westfalen zur Erprobung von Co-Working-Spaces in der öffentlichen Verwaltung wird ausgeweitet: Nach den Pilotstandorten in Aachen und Siegen hat Finanzminister Marcus Optendrenk nun dezentrale Büroflächen in Duisburg, Münster und Bielefeld offiziell eröffnet. Beschäftigte der Landesverwaltung können sich hier flexibel einbuchen. Noch im Laufe dieses Jahres soll die Zahl der Co-Working-Spaces auf zehn anwachsen, heißt es in der Pressemeldung des Finanzministeriums. Wie Optendrenk betonte, profitiere das Land gleich doppelt von diesem Angebot an seine Beschäftigten. Es könne sich gegenüber qualifizierten Fachkräften als attraktiver, moderner Arbeitgeber präsentieren, zudem würden die Mitarbeitenden von langwieriger Pendelei entlastet: „Zugleich optimieren wir Arbeitsergebnisse, wenn die Konzentration unserer wichtigen Fachkräfte nicht auf der Autobahn aufgezehrt wird. Und wir entzerren den Berufsverkehr, tragen somit zum Klimaschutz bei. Kurzum: Das Co-Working-Konzept ist nicht nur ein Win-Win, sondern eher ein Win-Win-Win.“

Offen für Beschäftigte aller Landesbetriebe

Das Angebot richtet sich beispielsweise an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Düsseldorfer Ministerien, die eine weite Pendelstrecke ins Büro haben, aber nicht gut im Homeoffice arbeiten können. In den Co-Working-Spaces finden sie eine professionelle und fortschrittliche Ausstattung jeweils in verkehrsgünstiger Lage vor. Neben Einzelarbeitsplätzen gibt es Teambüros und Besprechungsräume. Mit der Einrichtung der Standorte ist der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes (BLB NRW) beauftragt und stellt dazu eigene Büroflächen zur Verfügung. Bislang waren die Co-Working-Spaces lediglich den Beschäftigten der Ministerien und einer kleinen Auswahl anderer Behörden vorbehalten – nun werden sie auch für Beschäftigte des nachgeordneten Bereichs der Ressorts und aller Landesbetriebe geöffnet.

Recruiting soll ortsunabhängiger werden

Die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung selbst geht beim Ausbau von mobiler Arbeit und Shared Working ebenfalls voran. So erhielten die Beschäftigten mobile Endgeräte und jeweils zwei Monitore, von denen wahlweise einer für das Homeoffice genutzt werden kann. Sehbehinderte und blinde Beschäftigte wurden so ausgerüstet, dass sie mittels assistiver Technik wie Blindenschrift-Zeilen jetzt auch von zu Hause aus arbeitsfähig sind. Zudem wurden in neun Finanzämtern im gesamten Land inzwischen Shared-Working-Spaces aufgebaut. Dort können Fachkräfte arbeiten, die zwar in der jeweiligen Region leben, aber in einem weiter entfernten Finanzamt beschäftigt sind. So will die Verwaltung bei der Rekrutierung auch unabhängiger vom Wohnort werden.

(sib)

• Mehr Informationen zum Co-Working in der Landesverwaltung NRW

Stichwörter: Personalwesen, New Work, Nordrhein-Westfalen